

Gift aus Genf, Beruhigungspillen aus Bern

Die Weltgesundheitsorganisation kratzt an der Souveränität der Schweiz.

Der Bundesrat verwischt und verwedelt. Ein Meisterstück der Behördenpropaganda.

Philipp Gut



Orwells Wahrheitsministerium lässt grüssen.

Vergangene Woche versandte der Bundesrat eine Medienmitteilung über die Anpassung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Schon der

Die WHO hat aus ihrem Versagen in der Covid-Pandemie nichts gelernt und falsche Schlüsse gezogen.

Titel säuselte: Dies geschehe «zum Schutz der Bevölkerung». Die WHO wolle damit die grenzüberschreitende Ausbreitung von Krankheiten besser verhindern und eindämmen. Was gut und hilfreich klingt – wer will sich schon nicht vor gefährlichen Krankheiten schützen? –, öffnet indes eine Büchse der Pandora.

Der arglose Bürger ahnt davon wenig, wenn er das Regierungscommuniqué liest, ein Meisterstück der Behördenpropaganda. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) habe die revidierten Internationalen Gesundheitsvorschriften ana-

lysiert und sei zum Schluss gekommen, «dass die Schweiz bereits über die nötigen Kapazitäten zur Prävention, Vorbereitung und Reaktion auf gesundheitliche Notlagen verfügt, um die Anpassung umzusetzen». Damit erweckt der Bundesrat den Eindruck, es bestehe kein Handlungsbedarf. Die Schweiz schwingt im Gleichklang mit der WHO. Was die Uno-Unterorganisation mit Sitz in Genf vorhabe, sei für unser Land nur von Vorteil und könne ohne Gesetzesänderung eingeführt werden. *Courant normal* also, kaum der Rede wert.

Baume-Schneiders Nebelpetarden

Doch das sind Nebelpetarden. Bläst man sie weg, kommt Erstaunliches zum Vorschein. So verliert der Bundesrat kein Wort darüber, wie die WHO-Mechanismen zur Umsetzung der Gesundheitsvorschriften funktionieren. Er vermeidet den in diesem Zusammenhang entscheidenden Begriff. Er lautet «Opting-out» und besagt: Erklärt der Bundesrat nicht, dass die Schweiz die IGV-Anpassungen ablehnt, gelten sie als an-

genommen. Die Frist für die Ablehnung läuft am 19. Juli 2025 ab. Zwei Monate später treten die Änderungen automatisch in Kraft.

Das Schweigen der Lämmer im Bundesrat bedeutet demnach Zustimmung. Aber nicht nur das: Ohne Opting-out verunmöglicht die Regierung die Ausübung der demokratischen Rechte. Weder National- und Ständerat noch das Schweizer Volk können nach dem Willen des Bundesrats darüber entscheiden.

Dieses trickreiche Vorgehen, dieses demokratiepolitische Schelmenstück provoziert den Widerspruch namhafter Rechtsexperten. Die Verwaltungsjuristin und Professorin Isabelle Häner hielt in einem Gutachten im Auftrag des Aktionsbündnisses freie Schweiz bereits vor einem halben Jahr fest, die angepassten Internationalen Gesundheitsvorschriften seien «dem Parlament zur Genehmigung zu unterbreiten». Massnahmen im Zusammenhang mit der Prävention und Bekämpfung von Pandemien verlangten «nach einer möglichst grossen demokratischen Legitimation». Der Zürcher Rechtsanwalt und WHO-Kenner Philipp Kruse vertritt darüber hinaus die Ansicht, es brauche ein obligatorisches Referendum und einen Volksentscheid, da die WHO-Massnahmen die Bundesverfassung tangierten. Der Bundesrat macht jetzt still und heimlich das Gegenteil: Er will die Verschärfungen eigenmächtig am Souverän vorbeischleusen.

Die Regierung führt lediglich eine Vernehmlassung durch, «um dem grossen öffentlichen Interesse an dem Thema Rechnung zu tragen». Auch dies lässt aufhorchen. Die Sprachregelung des BAG lautet nämlich, die IGV-Revision sei rein «technischer Natur und von beschränkter Tragweite». Exakt mit diesen Worten hat auch die zuständige Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider (SP) am 26. September im Ständerat argumentiert und die Bedeutung des Geschäfts heruntergespielt.

Warum, so fragt man sich, ist das öffentliche Interesse daran so gross, wenn es sich bloss um ein paar technische Details handelt? Ist die Öffentlichkeit so blöd? Oder möchte sie der Bundesrat doch eher für blöd verkaufen?

Antworten liefert ein Blick auf zentrale Inhalte der Anpassungen. Schon vorweg lässt sich feststellen: Die WHO hat aus ihrem Versagen in der Covid-Pandemie nicht nur nichts gelernt, sondern daraus auch noch die falschen Schlüsse gezogen. Sie will ihre Machtbefugnisse ausweiten und strebt einen noch stärkeren Dirigismus und Zentralismus an. WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus, ehemaliger Aussenminister Äthiopiens und ehemaliges Mitglied der marxistisch-leninistischen Terrororganisation Volksbefreiungsfront von Tigray, soll in Eigenregie «internationale Gesundheitsnotstände» ausrufen und weitreichende Massnahmen anordnen können.

Dabei werden die Anforderungen an einen solchen Notstand weiter nach unten geschraubt. Ein «pandemischer Notfall» kann bereits vorliegen, wenn ein «hohes Risiko» besteht, dass sich eine Pandemie in mehreren Staaten ausbreitet. Weiter verlangt die WHO den Aufbau von «nationalen IGV-Behörden» und «nationalen IGV-Kontaktstellen», also von permanen-

Der Bundesrat will die Verschärfungen eigenmächtig am Souverän vorbeischleusen.

ten Krisenstäben, die jederzeit empfänglich sein müssen für die WHO-Direktiven und ihrerseits Daten und Informationen an die WHO-Zentrale übermitteln sollen. Die neue Schweizer IGV-Behörde solle «die gesamte Koordination für die Umsetzung der IGV übernehmen», schreibt der Bundesrat im erläuternden Bericht zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens.

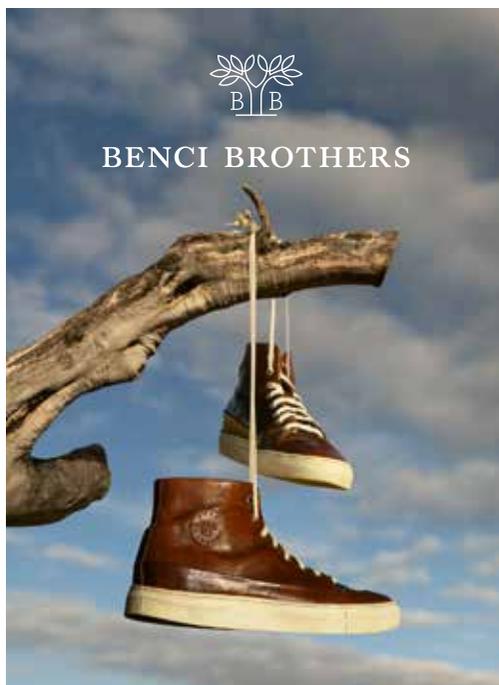
Ausgeweitet wird auch die Palette von sogenannten relevanten Gesundheitsprodukten, zu deren Verbreitung und Konsumation die WHO die Mitgliedstaaten und deren Bürger aufordern kann, darunter Impfstoffe, genbasierte Therapien und andere Gesundheitstechnologien. Auch die Reisebeschränkungen werden verschärft, bis hin zur Anordnung von Isolation und Quarantäne.

SDA streut Sand in die Augen

Schliesslich greift die WHO ziemlich unzimmerlich in die Meinungsäusserungsfreiheit ein – und damit in ein Grundrecht. Mit ihrer Wortschöpfung einer «Infodemie», die es zu bekämpfen gelte, beansprucht sie Informations- und Deutungshoheit in gesundheitspolitischen Fragen. Mehr noch: Ihr widersprechende, kritische Äusserungen sollen unterbunden werden. Die Schweiz wäre – wie jeder andere Vertragsstaat auch – verpflichtet, «Kernkapazitäten» zu entwickeln, zu stärken und zu unterhalten, um die öffentliche Debatte im Sinne der WHO zu steuern, «einschliesslich des Umgangs mit Fehl- und Desinformation», wie es in Anhang I, Teil A Abs. 2 Bst. c Ziffer

(vi) und Abs. 3 Bst. i heisst. Orwells Wahrheitsministerium lässt grüssen.

Und wenn wir schon beim Thema sind: Um das regierungsamtliche Spin-Doctor-Wesen hinsichtlich der WHO in seiner durchaus schlaun Vielschichtigkeit zu erfassen, sollte man auch kurz den Kontext ausleuchten. Denn die Internationalen Gesundheitsvorschriften stehen nicht isoliert da. Viel bekannter ist der WHO-Pandemiepakt, dessen Verabschiedung verschoben worden ist. Interessant ist hier eine Aussage der parastaatlichen Schweizerischen Depeschenagentur (SDA), die in ihrer Meldung zum Bundesratscommuniqué zu den Gesundheitsvorschriften unvermittelt behauptet: «Die



IGV haben nichts zu tun mit dem umstrittenen WHO-Pandemieabkommen.»

Auch dies ist Sand in die Augen der Leser gestreut. Denn die beiden Verträge haben sehr wohl miteinander zu tun. «WHO-Pandemievertrag und die angepassten IGV sind ein sich quasi ergänzendes, widerspruchsfreies Regelwerk», stellt Professorin Häner fest. Und nicht nur das: In die revidierten IGV wurden wesentliche Ziele des Pakts übernommen. Gleichzeitig – auch dies gehört zur Gesamtübungsanlage – bereitet der Bundesrat mit einer Revision des Epidemiengesetzes den Boden für die nahtlose Übernahme der WHO-Pläne.

Für die Verteidiger der Schweizer Souveränität und die Kritiker einer Weltgesundheitspolizei nach Ghebreyesus' Gnaden macht es das nicht einfacher: Sie müssen nicht nur den Schleier der amtlichen Irreführungen lüften, sondern alle drei Vorhaben – IGV, Pandemiepakt und Epidemiengesetz – einzeln bodigen.

Priska Seiler Grafs «Gruselkabinett»



«Ungutes Gefühl»: Seiler Graf (SP)

Das sich abzeichnende Kabinett des nächsten US-Präsidenten Donald Trump mitsamt seinen Beratern weist schwere Defizite auf. Das zeigt sich bei einem Vergleich mit der Schweiz. So hat beispielsweise Elon Musk zu keinem Zeitpunkt die Primarschule Hinterwiden in Kloten besucht. Der kommende Justizminister Matt Gaetz hat nicht die Matura Typus A absolviert. Der wahrscheinliche Gesundheitsminister Robert F. Kennedy Jr. hat kein Bankpraktikum vorzuweisen. Der designierte Verteidigungsminister Pete Hegseth liess sich nicht zum Oberstufenlehrer ausbilden. Und sollte Marco Rubio wirklich Aussenminister werden, muss man sich fragen, wie er das bewältigen soll ohne Diplom als Ballettpädagoge.

All das Aufgezählte hat im Gegensatz zum engsten Kreis von Donald Trump eine Schweizer Politikerin in einer Person geschafft: Priska Seiler Graf, Zürcher SP-Nationalrätin. Ausgestattet mit diesem Berg an Kompetenzen, der geradezu nach einem Kabinettssitz in den USA schreit, kann sie deshalb mit gutem Gewissen Trumps Wahl kritisieren. Hier entstehe ein «Gruselkabinett», sagt Seiler Graf im «Sonntalk» auf Tele Züri. Sie habe da «kein gutes Gefühl». Aus ihrer Sicht hat keiner der Genannten das Zeug, das es zu einem dieser Ämter braucht.

Vielleicht geht Donald Trump nun noch einmal über die Bücher, falls er die Sendung gesehen hat. Er kann ja schlecht den reichsten Mann der Welt und Serien-Firmengründer Elon Musk mit der Effizienzsteigerung der Verwaltung beauftragen, wenn ihm eine Schweizer Tanzlehrerin mit UBS-Praktikum im Rücken ausdrücklich davon abrät.

Stefan Millius